

Morgen-Ausgabe der Danziger Zeitung.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angelommen 7. Juli, 5 1/2 Uhr Nachmittags.
 Berlin, 7. Juli. Das Kammergericht verurtheilte den Reichstagsabgeordneten und Präsidenten des Kasseler Arbeitervereins Schweizer wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes zu 25 Thlr. Geldbuße und sprach die definitive Schließung des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ aus. Ferner bestätigte das Kammergericht das Erkenntniß erster Instanz gegen Schweizer, wodurch derselbe wegen Annahme des Adels zu 25 Thlr. Geldbuße verurtheilt worden ist.

BAC. Berlin, 6. Juli. [Ungarn und Rumänien.] Das neueste (Sun-) Heft der vom Grafen Olivier Bethlen herausgegebenen „Ungarischen Monatschrift“ bespricht u. A. auch das Verhältniß Ungarns zu Rumänien. Das Oesterreichum ist, daß von Baron Beust gefordert wird, er möge aufhören, „österreichische Großmachtspolitik“ zu treiben und sich auf die bescheidene Rolle der „ungarischen Königspolitik“ beschränken; er vergesse ganz, daß in der österreichischen Ländermasse Ungarn allein ein entschiedenes, von dem übrigen Deutschland gesondertes Interesse in der auswärtigen Politik habe, während West-Oesterreich entweder der Nordb. Bundespolitik nachschwimme oder später von Preußen gezwungen werden würde, nolens volens nachzuschwimmen. Die österreichisch-französische Allianz, welche als der leitende Gedanke der Beust'schen Politik bezeichnet wird, werde in Ungarn mit Ausnahme einer kleinen liberalen Fraction entschieden verworfen. Habe Graf Andrassy (der Ministerpräsident) dem Baron Beust in dieser Richtung Zusagen gemacht, so habe er dieses allein deshalb gethan, um sich die Wiener Hofpartei günstiger zu stimmen; er wisse im Grunde aber ganz wohl, daß kein verantwortlicher ungarischer Ministerpräsident vor seinem Parlament die Konsequenzen einer österreichisch-französischen Politik verantworten könne. Im weiteren Verlauf des Artikels wird nun der Gedanke entwickelt, daß Ungarn und Rumänien in Folge ihrer geographischen Lage — ihr Gebiet erstreckt sich west-östlich von der Leitha, der Grenze Deutschlands, bis ans schwarze Meer — zusammen einen Damm bilden, der von Natur aus berufen erscheine, die Nordslaven von den Südslaven zu trennen oder, wie dies sonst ausgedrückt zu werden pflegt, einen Keil, welcher in die slavische Welt hineingetrieben ist und diese in zwei, an Umfang freilich sehr ungleiche Gebiete scheidet. Aus diesem Umstand wird nun ein gemeinsames Interesse der Ungarn und Rumänen hergeleitet, nämlich ihre Nationalität vor der Auffangung durch das Slaventhum zu schützen. Rumänien wird als ein in sich unfertiges Staatsgebilde geschildert, in welchem es eine französische, eine österreichische, eine russische Partei aber keine rein rumänische Partei gebe, die es sich zur Aufgabe gestellt habe, vor Allem im Innern etwas Dauerndes zu schaffen. Die ungarischen und siebenbürgischen Rumänen (über 2 1/2 Mill.) werden aufgefordert, ihren Brüdern mit einem guten Beispiel voranzugehen; Ungarn wird ermahnt, ihnen dabei behilflich zu sein, indem es die Autonomie der Comitate gewähre und die rumänische Nation der ungarischen gleichstelle. Dieses Zugeständniß könne gemacht werden, ohne die Integrität der Stephanstkrone zu gefährden; es wird freilich ein ungeheurer Widerstand des ungarisch-siebenbürgischen Adels in Aussicht gestellt, welcher Jahrhunderte hindurch das rumänische Volk unterdrückt habe; die Gräueltaten von 1848 und 1849 seien die Rache dafür gewesen. Es wird die Gleichberechtigung beider Sprachen verlangt und schließlich empfohlen, einen rumänischen National-Congress, der alljährlich einzuberufen sei, zu gewähren, aus welchem die rumänischen Abgeordneten im Reichstage eine große moralische Autorität schöpfen könnten. In dem gegenseitigen Mißtrauen der Nationalitäten liege die ganze Macht der Reaction; möge man es einmal mit dem gegenseitigen Vertrauen versuchen. Ueber die näheren Modalitäten, wie sich nun Rumänien an ein in nationaler Beziehung in sich befriedigtes Ungarn näher anschließen habe, schweigt die „Ungarische Monatschrift“. Es liegen hier die schwierigsten politischen Probleme vor und darum ist es immerhin von Interesse, die zu ihrer Lösung vorgeschlagenen Wege, wenn sie auch nur in ihrem ersten Anfange klar sind, zu prüfen.

BAC. [Die streitende Kirche.] Der Papst hat in schroffer Form Protest und Verdammiß ausgesprochen gegen die Vorgänge in Oesterreich, gegen die theilweise Aufhebung des Concordats, gegen die staatliche Ehegesetzgebung, gegen die Beschränkung der kirchlichen Herrschaft über die Schule. Die päpstliche Kundgebung wird ohne Zweifel den Widerstand der österreichischen Bischöfe gegen die neuen Gesetze schärfen. Ob man in Rom bei der Aufnahme dieser Fehde auf die reactionaire Gesinnung des Kaisers, auf das alt-habsburgische System des unterdrückenden Bundes von Thron und Altar rechnen zu können glaubt, mag dahingestellt bleiben. Auch abgesehen von den persönlichen Neigungen des Kaisers, von der Möglichkeit eines Umschlages oder einer Versagung gegen entscheidende Schritte, sind die Schwierigkeiten, welche der wirklichen Durchführung der jetzt gesetzlich gewordenen Reformen in Oesterreich entgegenstehen, überaus groß. Indessen hat die Regierung, wenn sie fest bleibt und die Anwendung der nöthigen Mittel nicht scheut, unbedingt die Mittel in Händen, um die Gesetze auszuführen und den Widerstand des Clerus zu brechen. Die Kirche pflegt sich sehr bald in das Unvermeidliche zu fügen, wenn sie erkennt, daß es den herrschenden Staatsgewalten Ernst ist, daß sie entschlossen sind, von ihrem Recht und ihrer Gewalt Gebrauch zu machen, auf die Gefahr hin, daß die Kirche in dem Kampfe ernstlichen Schaden leide. Die öffentliche Meinung sowohl in der Masse des Volkes, wie in den gebildeten Classen, steht nicht auf der Seite der römischen Traditionen, und wenn die Regierung sich nicht trotz bieten läßt, wird sich die Kirche auch in Oesterreich den Gesetzen des Staats fügen müssen. Die exaltirte Stimmung, in welcher sich der Papst zu befinden scheint, sein heftiges Auftreten gegen die neue Ordnung der Dinge in Oesterreich, der frühere Vorgang des famosen Syllabus, lassen erwarten, daß das bevorstehende allgemeine Concil gleichfalls eine offensive und aggressive Haltung gegen die Anschauungen und Interessen der modernen Welt einnehmen wird, während in früheren Jahren die römische Curie ein allgemeines Concil als eine höchst gefährliche Sache betrachtete. Eine bedrohliche Widerspenstigkeit hat der Papst diesmal von dem Concil nicht zu besorgen. Die reactionären Regierungen,

welche von den Vertretern des mittelalterlichen Kirchenthums eine neue Unterwürfigkeit der Völker erwarteten, haben im Wettstreit mit dem Papste selbst dafür gesorgt, alle Bischofsstühle mit den strengsten Eiferern für die päpstlichen Ansprüche zu besetzen. Und wenn nach dem Kirchenrecht jeder Doctor der Theologie einen Platz in dem Concil beanspruchen kann, so wird doch schwerlich ein Einzelner den Muth haben, einen ersten Widerspruch gegen die herrschende Autorität der glänzenden Versammlung zu erheben, und wenn es geschähe, würde die Opposition bald durch die überwältigende Mehrheit erstickt werden. Trotzdem wird die Ruhe der Staaten durch die Beschlüsse des Concils nicht gestört werden. Je fremdartiger sich dieselben der lebenden Generation gegenüberstellen möchten, desto mehr würde diese mit achselzuckender Vermüdung an ihnen vorübergehen. Auch die Pfarrgeistlichkeit steht keineswegs durchweg aus freier Neigung auf der ultramontanen Seite. Ein großer Theil sügt sich nur widerstrebend der bischöflichen Disciplin und verabscheut die Herrschaft der Jesuiten in der Kirche. Wenn der Staat sie nicht zur Unterwerfung zwingt, kann er in der niederen Geistlichkeit einen einflussreichen Verbündeten gegen hierarchische Uebergriffe finden. Jedenfalls ist es heutigen Tages, wo die Kirche nicht ausschließlich oder auch nur vornämlich die idealen Interessen der Völker vertritt, mehr als je die eigene Schuld der Regierungen, wenn sie kirchliche Gegner nicht in den gesetzlichen Schranken zu halten wissen.

[Appellirt.] Gegen die Freisprechung des Landraths v. Hilgers hat die Oberstaatsanwaltschaft appellirt. Die Amtssuspension des Denuncirten bleibt also noch bestehen.
 [Doppelte Staatsverwaltung.] Die „D. V. Z.“ erzählt ein sinniges Beispiel aus unserer doppelten Staatsverwaltung in der Wilhelmstraße. Hr. v. d. Heydt ist bekanntlich nicht nordb. Bundes-Finanzminister, sondern nur preuß. Finanzminister. Was kümmern also Hr. v. d. Heydt die Bundesfinanzen! Nachdem die Post in Norddeutschland Bundesanstalt geworden, kündigt er ganz correct Hr. Philippborn den von der Postverwaltung bisher mitbeugeten Betriebsfond der preuß. Generalstaatskasse. Es sind dies etwa 1 1/2 Millionen Thaler, welche hauptsächlich der Postanweisuungsverkehr beansprucht. Hr. Philippborn gelingt es nun, die Abwicklung dieses Vorschusses bis jetzt hinzu-schleppen. Zu Anfang dieses Jahres hatte er gehofft, bis dahin werde der Postbetrieb so viel Ueberschuß gewähren, um die Postkasse bis Januar aus diesem Ueberschuß im Betriebe zu erhalten. Die Betriebsergebnisse haben diese Voraussetzung indes nicht gerechtfertigt; daher Geldnoth in der Postverwaltung. Nun legt sich Hr. Delbrück ins Mittel und verlangt von Hr. v. d. Heydt Vorschuß auf die Matrularbeiträge Preußens. Diese kann derselbe natürlich nur aus dem Betriebsfond der Generalstaatskasse leisten. Thatsächlich besteht diese Geldkrise, worüber so viele Briefe zwischen den Verwaltungschefs gewechselt werden, nur auf dem Papier; die Bundes-Centralkasse und die preuß. Generalstaatskasse werden nämlich hinter demselben Gitter aufbewahrt; je nachdem die Entscheidung so oder so ausfällt, wechseln nur die Beutel die Etikette und die Ziffern werden aus einem Conto in das andere übertragen.

[Verbot der Einsegnung von Vereinsfahnen durch Geistliche.] Sämmtlichen Bezirks-Regierungen ist durch den Minister des Innern, unter Bezugnahme auf einen früheren Erlaß vom 8. April 1861, wodurch Mittheilung von einem Verbote des Königs in Betreff der kirchlichen Einweihung der Vereinen, Schützengilden etc. verliesenen oder von ihnen angeschafften Fahnen gemacht, unterm 15. v. Mts. eröffnet worden, daß in Folge einer neulichen Allerh. Anweisung „unter allen Umständen die Einsegnung dieser Fahnen durch einen Geistlichen, selbst wenn dieser hierbei nicht das Ornat trägt, unstatthaft ist.“ Die Regierungen sollen sich hiernach in vorkommenden Fällen richten und die Behörden ihres Ressorts mit entsprechender Anweisung versehen.

Oesterreich. Wien. [Pensionirung.] Der Statthalter von Oesterreich und Ems, Graf Chorinsky, ist, wie die W.-Ztg. berichtet, in den Pensionsstand getreten.

Frankreich. Paris. [Unter den Arbeitern der Fanburgs] läuft eine Adresse an die Studenten der Pariser Universität um. Der Sinn derselben ist der, daß die Arbeiter der Wissenschaft, falls diese nicht den Muth haben sollte, den Finsterlingen zu widerstehen, mit ihren nervigen Armen zu Hilfe kommen wollen.

England. London. [Stiefelpulverbrigade.] Gestern fand unter dem Vorsitze des Earl of Shaftesbury die Jahresversammlung der Freunde der Nordlondoner Stiefelpulverbrigade statt. Zweck dieser Institution ist, unbemittelten Jungen durch ehrliche anhaltende Beschäftigung vor moralischem Untergange zu bewahren. (Im letzten Jahre standen nicht weniger als 2141 Buben unter 15 Jahren, davon 151 unter 10 Jahren, vor den Londoner Gerichtshöfen.) Im J. 1867 haben die 43 der Brigade angehörenden Stiefelpulver 293,950 Paar Schuhe und Stiefel gereinigt, und, zu der Tage von 1 d. (10 Pf.) das Paar, 1,222 Lstr. 14 s. 2 d. eingenommen, also durchschnittlich jeder Junge täglich etwa 2 s. 3 d. oder 22 1/2 Sgr.

Die City von London wird binnen Kurzem auch ihr Albert-Denkmal erhalten, und zwar als Geschenk des Herrn C. Oppenheim (eines gebornen Frankfurters). Den Platz hat die Stadt bewilligt. Die Summe, welche Hr. Oppenheim zu diesem Zwecke verwendet, ist ein ihm von den Gläubigern der Bank Overend u. Gurney dargebrachtes Ehrengeld; durch seine Bemühungen war ein großer Theil des Vermögens bei dem großartigen Sturze dieser Bank zum Besten der Gläubiger gerettet worden.

[Letzte Briefe Theodors.] Das über Abyssinien veröffentlichte Blaubeuch enthält zwei Briefe, die König Theodor kurz vor seinem Tode an Sir R. Napier richtete. Wir heben die prägnantesten Stellen aus ihnen hervor: „Im Namen des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes etc. Meine Landsleute haben mir den Rücken gelehrt und mich gehaßt, weil ich ihnen Tribut auferlegte und sie unter militärische Disciplin zu bringen suchte. Ihr habt mich bezwungen durch ein disciplinirtes Volk. Meine Anhänger, die mich liebten, wurden durch eine Kugel in Schreden gesetzt und flohen trotz meiner Befehle. Als Ihr sie schluget, war ich nicht mit unter den Flüchtigen. Mich für einen großen Herrn haltend, lieferte ich Euch die Schlacht. . . Das Volk meines Landes verhöhnte mich, weil ich die Religion der Franken angenommen, sagte, ich sei Muselman geworden und erregte auf zehn andere Weisen meinen Zorn gegen sie.

Möge Gott das Böse, welches ich ihnen gethan, zum Guten lenken. . . Ich beabsichtigte — hätte Gott so gewollt, — die ganze Erde zu unterwerfen, und es war mein Wunsch, zu sterben, wenn mein Zweck nicht erreicht werden konnte. . . Ich hatte gehofft, nach Bezwingung meiner Feinde in Abyssinien, meine Armee nach Jerusalem zu führen, um dieses von den Türken zu befreien. Ein Krieger, der starke Männer in seinen Armen, Kindern gleich, wiegte, wird nie dulden, daß er selbst in den Armen Anderer gewiegt werde.“ Der König der Könige Theodor: möge es den geliebten Diener der großen Königin von England erreichen. Ich schreibe Dir, ohne Dich beim Namen anreden zu können, weil unser Verkehr so unerwartet kam. Daß ich Dir gestern meinen Brief geschickt und mit Dir gehadert habe, bekümmert mich, mein Freund. Als ich Deine Kampfweise sah und die Mannszucht Deiner Armes, und als mein Volk meine Befehle nicht ausführte, verzehrte mich der Kummer bei dem Gedanken, daß meine Soldaten, obgleich ich sie tödte und züchtigte, nicht zum Kampfe zurückkehren wollen. Während das Feuer der Eifersucht in mir glühte, kam Satan zu mir in der Nacht und versuchte mich, mich mit meiner eigenen Pistole zu tödten. Aber in dem Gedanken, Gott würde mir zürnen, wenn ich auf diese Weise vorginge und meine Armee ohne einen Beschützer zurückließe, sandte ich in Eile zu Dir, auf daß ich nicht sterbe und alle Dinge in Verwirrung gerathe, bevor meine Botschaft Dich erreicht. Nachdem mein Bote gegangen war, spannte ich den Hahn meiner Pistole, hielt sie in meinen Mund und versuchte abzubücken. Ich versuchte und versuchte, aber sie wollte nicht losdrücken. Ich versuchte und versuchte, aber sie wollte nicht losdrücken. Aber als mein Volk auf mich losstürzte und die Pistole ergriff, entlud sie sich gerade in dem Augenblicke, als sie sie von meinem Munde weggezogen hatten. Nachdem Gott so gezeigt, daß ich leben sollte, nicht sterben, sandte ich Nassam zu Dir. . . Du forderst von mir alle Europäer bis auf meinen besten Freund, Mr. Waldemair, Wohlan, sei es denn, Sie sollen gehen. Nun aber, da wir Freunde sind, mußt Du mich nicht ohne Handwerker lassen, da ich ein Freund der mechanischen Künste bin.“ Der erste Brief wurde durch Lieutenant Pridcaur, der zweite am 12. April durch Herrn Bender überbracht.

Belgien. Brüssel, 4. Juli. [Orleans'sche Prinzen.] Unsere Stadt hatte in den letzten Tagen den Besuch dreier orleans'schen Prinzen. Dem Kaiser Napoleon müssen die Ohren geklungen haben; wenigstens hat die Anwesenheit dieser Gäste zu manchen Aeußerungen in Brüssel Anlaß gegeben, die der Kaiser, unser Nachbar, gewiß nicht mit Vergnügen hören würde. Die Prinzen waren Joinville, Numale und Chartres. Sie haben uns gestern verlassen, um die Reise nach Deutschland fortzusetzen. Ueberall, wo sie erschienen, auf den Straßen, auf den Boulevards, im Theater, wurde ihnen die lebhafteste Sympathie der Bevölkerung ausgedrückt. Mit Genugthuung bemerkte man die Freundschaft, die ihnen Graf und Gräfin von Flandern erwiesen, die beide stets in Gesellschaft ihrer Gäste gesehen wurden. Auch die Prinzessin Clementine von Orleans wird hier erwartet, auf der Durchreise nach Spa. (B. u. H. Z.)

Türkei. [Ausländer und Grundeigenthum.] Aus Paris schreibt man der „Krzg.“: In diesen Tagen wird von dem Minister des Auswärtigen Marquis v. Moustier und dem türkischen Botschafter das auf die Erwerbung des Grundeigenthumsrechts der Franzosen bezügliche Protokoll unterzeichnet werden. Die anderen Mächte haben diese Protokolle unterzeichnet oder werden es demnächst thun. Bis jetzt konnte nämlich kein Ausländer ächtes Grundeigenthum in der Türkei besitzen.

Provinzielles. 2 Pr. Stargardt, 6. Juli. [Schwurgericht.] Unter dem Vorsitze des Kreisgerichts-Directors Weydemann begannen die tätigen Sitzungen des Schwurgerichts des 2. Territor. (Es kamen heute zur Verhandlung: a) die Sachen: 1) wider den Einwohner Gottlieb Wilke aus Vordjichow; 2) wider den Räthner Albrecht Rogowski aus Ossowo; 3) wider den Einwohner August Wilke aus Ossowo; bei 1 und 2 wegen schweren Diebstahls, bei ersterem im Rückfalle, bei 3 wegen Begünstigung dieser That. Die Angeklagten haben am 11. Februar c. dem Wesizer Klewiz in Ossowo aus der verschlossenen Scheune 3 Scheffel Roggen entwendet. b) Die Sache wider den Arbeiter Josef Trund alias Moczynski und den Schlosserlehrling Ferdinand Apfelbaum, beide aus Dirschau, wegen Meuterei. Die Angeklagten versuchten am 11. April d. J. aus dem Gefängniß auszubrechen und zu entweichen, wurden aber durch die Wachsamkeit des Gefangen-Aufsichters Podemils daran verhindert. In beiden Fällen sind die sämmtlichen Angeklagten geständig und die Mitwirkung der Geschworenen ausgeschlossen. Im ersten Falle erhielt Gottl. Wilke 7 Monate, Rogowski 6 Monate und August Wilke 1 Woche Gefängniß, die beiden ersteren unter Verlust der Ehrenrechte und Stellung unter Polizei-Aufsicht auf 1 Jahr. Im zweiten Falle wurden beide Angell. mit zwei Jahren Buchtthaus bestraft.

Königsberg, 5. Juli. [Ueber den Verkauf des ersten Hypothekemarkts] schreibt die „K. S. Z.“: Alle die seit längerer oder kürzerer Zeit Geld auf Hypotheken und selbst ohne Erfolg suchten, glaubten auf dem Hypothekemarkte ihre Wünsche befriedigt zu sehen, und es fand somit ein großes Angebot von Hypotheken statt, welches besonders an den beiden ersten Tagen dem Markte ein sehr belebtes Aussehen gab. Diejenigen, welche dem Markte ein sehr belebtes Aussehen wollten, waren der großen Zahl von Offerten gegenüber freilich nur wenige; immerhin aber noch mehr, als man gewöhnlich Weise das erste Mal erwarten durfte. Bei der Schwierigkeit über die Sicherheit der eingegangenen Offerten sich Gewißheit zu verschaffen, sind nur wenig Geschäfte zum vollen Abschluß geblieben, dagegen eine wesentlich größere Anzahl angebahnt. Zu 5% sind nur in ganz vereinzelt Fällen Hypotheken genommen; es wurden nicht nur 6% beansprucht, sondern auch zu diesem Zinsfuß sehr weitgehende Forderungen an die Bonität der Hypothek gestellt. Hypothekengeschäfte mit Rabatt sind nur in äußerst wenigen Fällen gemacht, weil die Hypothekeninhaber den Rabatt auf dem Markte umgehen zu können hofften und denselben nicht bewilligen wollten. Hypotheken auf Häuser in den Provinzialstädten, die in großer Anzahl angemeldet waren, blieben unbeachtet, und selbst ländliche Hypotheken in den entfernteren Gegenden der Provinz fanden geringe Berücksichtigung. Ebenso wurden Hypotheken, bei denen größere Summen vorggetragen waren, und solche, die auf gewerblichen Anstalten, Mühlen-Tablissements, Ziegeleien, Brauereien u. s. w. ruhten, nicht genommen. Daß die erwähnten Kategorien ganz bei Seite gelassen wurden, ist wohl nur dem Umstande zuzuschreiben, daß eine große Anzahl Hypotheken auf dem Markte war, welche den Vorzug verdienten. Wenn die betreffenden Hypothekeninhaber, den Verhältnissen Rechnung tragend, nicht bei der Forderung beharren, dergleichen Documente höchstens zu 6% an den Mann bringen zu wollen, so dürften sie in der Folge mehr Aussicht haben, zu reußieren.

